

---

# Politische Positionen des Flüchtlingsrats Niedersachsen e.V.

---



## Die europäische Aufnahme-, Asyl- und Grenzpolitik

### Wir treten ein für

- » ein Europa der Menschenrechte, des Flüchtlingsschutzes und der Solidarität
- » eine humane Grenzpolitik, die sich am Völkerrecht orientiert
- » gesicherte Fluchtkorridore und humanitäre Aufnahmeprogramme
- » ein umfassend ausgestattetes europäisches Seenotrettungsprogramm

### Wir wenden uns gegen

- » die Abschottungspolitik der Europäischen Union, die Flüchtlinge an den Außengrenzen abwehrt
- » die Kriminalisierung und Drangsalierung der ehrenamtlichen Organisationen zur Seenotrettung im Mittelmeer
- » Abkommen mit autoritären Herrschern, Diktaturen und Milizen, die darauf abzielen, dass Schutzsuchende Europa gar nicht erst erreichen können
- » Lager und Asylzentren zur Internierung von Flüchtlingen an oder gar vor den EU-Außengrenzen
- » die Abwälzung der Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen an die Staaten an den EU-Außengrenzen (wie z.B. Italien und Griechenland)

## Aufnahme und Unterbringung

### Wir setzen uns ein für

- » die schnellstmögliche Verteilung aller Geflüchteten von den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen
- » die rasche Schließung aller Not- und Gemeinschaftsunterkünfte und sonstiger Übergangslösungen
- » gesetzlich festgelegte Standards der Unterbringung und verbindliche Schutznormen für besonders schutzbedürftige Gruppen solange Gemeinschaftsunterkünfte bestehen
- » transparente Mechanismen zur Kontrolle der Betreiber von Einrichtungen
- » eine Unterbringung in eigenen Wohnungen, weil nur sie Geflüchteten eine Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen
- » die Schaffung unabhängiger niedrigschwelliger Beschwerdestellen, damit alle Akteur\_innen auf Missstände und Fehlentwicklungen hinweisen können

## Asylverfahren und Aufenthaltsrecht

### Wir fordern

- » die Schaffung eines eigenen Integrationsministeriums, dem auch das BAMF unterstellt ist
- » die Aufhebung der Trennung von Anhörer\_in und Entscheider\_in im Asylverfahren
- » die Gewährleistung einer qualifizierten, unabhängigen und kostenlosen Asylverfahrensberatung
- » faire Asylverfahren, bei denen Qualität Vorrang vor der Schnelligkeit der Entscheidung hat
- » ein Bleiberecht für alle Geflüchteten, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben

### Wir wenden uns gegen

- » politische Einflussnahmen des Bundesinnenministeriums auf die Entscheidungspraxis des BAMF
- » Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete
- » die Isolation von Flüchtlingen in Abschiebezentren
- » die Aufteilung von Menschen nach dem fragwürdigen Konstrukt der „Bleibeperspektive“
- » eine einseitige Rückkehrberatung für Flüchtlinge
- » das bestehende Dublin-System, das Geflüchteten ein Asylverfahren in Deutschland oft aus formalen Gründen verweigert
- » das Mittel der Abschiebungshaft

## Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten

### Wir fordern

- » die Persönlichkeitsrechte von Flüchtlingen zu wahren. Das Grundgesetz gilt für alle Menschen.
- » die Aussetzung des Rechts auf Familiennachzug bei subsidiär Geschützten zu widerrufen und eine zügige Visumerteilung durch die deutschen Auslandsvertretungen sicherzustellen
- » bei minderjährigen Flüchtlingen den Nachzug der Eltern und der Geschwister zu gewährleisten
- » die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die sozialrechtliche Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
- » auf Wohnsitzauflagen zu verzichten und eine freie Wohnortwahl zu ermöglichen
- » allen Geflüchteten rasch einen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen zu garantieren

## Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt

### Wir fordern

- » einen freien, gleichberechtigten Zugang zur Ausbildungs- und Arbeitsförderung unabhängig vom Herkunftsland und Aufenthaltsstatus
- » die Abschaffung des Beschäftigungsverbots und der Arbeitsmarktprüfung
- » die erleichterte Anerkennung schulischer Abschlüsse und beruflicher Qualifikationen aus den Herkunftsländern
- » die Ermöglichung eines Schulbesuchs bis zum 25. Lebensjahr und das kostenlose Nachholen von Schulabschlüssen auf dem zweiten Bildungsweg
- » Qualifizierungsangebote zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten statt einer Vermittlung in unqualifizierte Tätigkeiten
- » die Entwicklung und Umsetzung spezifischer Konzepte zur Integration von Frauen in Ausbildung und Arbeit
- » die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei Antritt einer Ausbildung

**Stand: September 2017**

Für seine Arbeit ist der Flüchtlingsrat auf Spenden angewiesen.

Wir freuen uns über jede Unterstützung!

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. | IBAN: DE2843 0609 6740 3046 0700  
GLS Gemeinschaftsbank eG

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Röpkestr. 12, 30173 Hannover  
Kontakt: 0511 / 98 24 60 30 | [nds@nds-fluerat.org](mailto:nds@nds-fluerat.org)  
[www.nds-fluerat.org](http://www.nds-fluerat.org)